

Künstliche Intelligenz verbessert Darmkrebs-Vorsorge

KI-basiertes System entdeckt mehr Darmkrebs-Vorstufen bei Darmspiegelung

Um bei einer Darmspiegelung noch mehr und kleinere Krebsvorstufen sicher zu entdecken, setzen Endoskopie-Experten des Universitätsklinikums Freiburg jetzt auf Künstliche Intelligenz (KI). Das System analysiert während der Koloskopie die Live-Videobilder und markiert verdächtige Stellen auf dem Monitor mit einem grünen Rechteck. Studien zeigen, dass Ärzte damit etwa 10 % mehr Krebsvorstufen finden als ohne KI-Unterstützung. Seit Jahresbeginn werden am Universitätsklinikum Freiburg alle Vorsorgekoloskopien mithilfe des neuen Systems durchgeführt. Mehr als 50 Personen wurden so bereits erfolgreich untersucht. Freiburg ist das erste Universitätsklinikum in Deutschland, das die neue Technik einsetzt.

„Mit Unterstützung der Künstlichen Intelligenz können wir unseren Patienten noch

größere Sicherheit bei der Darmkrebsvorsorge bieten“, sagt PD Dr. Arthur Schmidt, Leiter der Interdisziplinären Endoskopie an der Klinik für Innere Medizin II des Universitätsklinikums Freiburg. Das System kann auch sehr erfahrenen Medizinerinnen helfen, auffällige Gewebestrukturen sicherer zu erkennen. „Damit können wir insbesondere sehr kleine Vorstufen noch sicherer entdecken und entfernen“, so Schmidt.

Das System wurde anhand mehrerer tausend Aufnahmen verdächtiger Krebsvorstufen mit dem sogenannten Deep-Learning-Verfahren trainiert. Dabei entwickelte die Software eigene Suchmuster, mit denen die Erfolgsquote für das Erkennen dieser Gewebe besonders hoch war. Da die optischen Markierungen unmittelbar während der Untersuchung in das Koloskopie-Bild eingeblendet werden, ist keine Einarbeitungszeit für die Ärzte nötig. „Während der menschi-

che Blick immer auf einen Punkt im Bild fokussiert, hat die KI jederzeit das gesamte Bild im Blick. Letztendlich beurteilen und entscheiden aber natürlich wir Menschen, ob etwas entfernt werden muss“, sagt Schmidt.

Etwa 60 000 Menschen erkranken in Deutschland jährlich an Darmkrebs. Mit regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen ließe sich ein Großteil der Erkrankungen vermeiden. Denn die Vorsorge-Darmspiegelung gilt als eines der wirksamsten Werkzeuge der Krebsfrüherkennung überhaupt. Sie wird von den Krankenkassen ab einem Alter von 55 Jahren alle 10 Jahre gezahlt. Bei Personen mit erhöhtem Erkrankungsrisiko, etwa mit Fällen von Darmkrebs in der Familie, kann auch eine frühere Untersuchung sinnvoll sein.

Quelle: Pressemitteilungen des Universitätsklinikums Freiburg.

Einnahme von immunsupprimierenden Medikamenten

Keine Suizidbeihilfe in Pflegeheimen

Erstmals, seitdem das Bundesverfassungsgericht Ende Februar den § 217 StGB (Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung) für nichtig erklärt hat, hat ein Sterbehilfeverein einem Bewohner eines Altenheims in Norddeutschland bei der Selbsttötung assistiert. Dieser Fall macht in besorgniserregender Weise klar, wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und das schwebende neue Gesetzesverfahren von Sterbehilfevereinen genutzt werden, um ein regelhaftes Angebot nach ihrem Zuschnitt zu fordern.

Prof. Winfried Hardinghaus, Vorsitzender des Deutschen Hospiz- und Palliativverbands (DHPV): „Dabei hat das Bundesverfassungsgericht auch klargestellt, dass niemand verpflichtet werden kann, Suizidbeihilfe zu leisten. Das gilt natürlich auch für die Betreiber von Alten- und Pflegeeinrichtungen.“

Jetzt zu fordern, in den Hausordnungen dieser Einrichtungen auf ein Grundrecht auf Suizid hinzuweisen und die Gelegenheit zur Beihilfe dazu festzuschreiben, verstößt gegen das Selbstverständnis der meisten Pflegeeinrichtungen, die ihnen anvertrauten Bewohnerinnen und Bewohner bis zum Lebensende würdig zu betreuen, das heißt, ihnen im Sterben beizustehen – nicht beim Sterben zu helfen.

Hardinghaus: „Suizidbeihilfe darf auch unter Vermittlung anderer niemals zu einer gängigen Behandlungsmethode für Heimbewohner werden.“ Der Druck, dem sich ältere Menschen durch die Möglichkeiten der Suizidbeihilfe ausgesetzt fühlen, droht sich durch eine solche Praxis zu verstärken. Dabei brauchen gerade ältere, auf Hilfe und Unterstützung angewiesene Menschen die Gewissheit, von der Gesellschaft solidarisch getragen zu werden.

„Kooperationen mit Sterbehilfevereinen gehen in eine falsche Richtung. Hier braucht es zu allererst eine zuverlässige medizinisch-pflegerische Versorgung in allen Pflegeeinrichtungen, das heißt genügend Personal und ggf. entsprechende Zusammenarbeit mit Hospizdiensten und Palliativteams“, so Hardinghaus.

Der DHPV appelliert an alle Betreiber von Pflegeeinrichtungen, sich den Forderungen der Sterbehilfevereine nicht zu beugen. Statt einer Verpflichtung zur Ermöglichung von Selbsttötungen oder auch nur der Duldung einer solchen Praxis gilt es, alle Kraft für eine verlässliche Begleitung von schwerstkranken und sterbenden Menschen aufzuwenden.

Quelle: Pressemitteilung Hospiz- und Palliativverband e. V.